

Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder)

### **Antrag des Stadtverordneten**

Jörg Gleisenstein (Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die Linke),

zum Tagesordnungspunkt 7.1 der Stadtverordnetenversammlung am 7.11.2013

Frankfurt (Oder), den 4.11.2013

### **Oberzentrale Funktion Frankfurts stärken – Verwaltungskraft sichern – interkommunale Kooperation ausbauen**

#### ***Beschlussvorschlag:***

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, sich in der Frage zukünftiger Verwaltungs- und Kommunalstrukturen dafür einzusetzen, dass die Funktion der Stadt Frankfurt (Oder) als Oberzentrum gestärkt wird.
2. Zur Stärkung der Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns und zur Erschließung von Einsparpotenzialen fordert die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister auf, mit den umliegenden Landkreisen, Ämtern und Gemeinden (weitere) Gespräche über eine engere Zusammenarbeit bei der Erledigung von Verwaltungsaufgaben und bei weiteren kommunalen Handlungsfeldern aufzunehmen.
3. Der Oberbürgermeister berichtet der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig zwei Mal pro Jahr über seine Schritte zur Umsetzung dieses Beschlusses.

#### **Begründung:**

Eine Reform der Verwaltungs- und Gebietsstrukturen im Land Brandenburg ist frühestens nach der nächsten Landtagswahl zu erwarten. Der Bericht der Enquetekommission „Kommunal- und Landesverwaltung – bürgernah, effektiv und zukunftsfest – Brandenburg 2020“ legt nahe, dass im Mittelpunkt einer Reform eine Übertragung von Landesaufgaben auf die Kreise und Gemeinden bzw. neu zu schaffende Amtsgemeinden sowie von den Kreisen auf die Gemeinden/ Amtsgemeinden stehen soll.

Die Leistungsfähigkeit einer Kommunalverwaltung, zusätzliche Aufgaben aufnehmen zu können, ist dabei insb. von der Einwohnerstärke der Kommune abhängig (Zuteilung von Schlüsselzuweisungen und andere Ausgleichsmechanismen).

Vor dem Hintergrund einer absehbar sinkenden Finanzausstattung von Land und Kommunen (z.B. durch das Auslaufen des Solidarpakts II bis 2019, Länderfinanzausgleich, Schuldenbremse) und prognostiziert weiter sinkenden Bevölkerungszahlen ergeben sich für die Stadt Frankfurt (Oder) und die Finanzierung ihrer Verwaltung große Herausforderungen. Vor dieser Realität kann man nicht weglafen. Auf diese Herausforderungen muss auch die Stadt Frankfurt (Oder) eine Antwort finden. Die BürgerInnen verlangen, dass ihre Anliegen kompetent und schnell bearbeitet werden und die kommunale Selbstverwaltung nicht zu einer Schuldenverwaltung verkommt, bei der die Infrastruktur verrottet und mehr und mehr Leistungen zurückgeschraubt oder eingestellt werden. Von einer kreisfreien Stadt, die absehbar überschuldet und nicht handlungsfähig ist, haben die FrankfurterInnen nichts.

Deshalb ist der Oberbürgermeister jetzt aufgefordert, weitere Kooperationsmöglichkeiten bei Verwaltungsaufgaben und der Sicherstellung der Daseinsvorsorge mit den umliegenden Landkreisen, Gemeinden und Ämtern zu suchen. Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung sind auch vor dem Hintergrund möglicher Kooperationen zu bewerten. Außerdem muss auf Landesebene darauf hin gewirkt werden, dass die oberzentrale Funktion der Stadt gestärkt und nicht weiter geschwächt wird.